

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) einrichtungen, wo sicher vieles an Investitionen dringend nötig ist.

Weil das alles so ist, meine Damen und Herren, finde ich, könnten eigentlich alle in diesem Hohen Hause diesem GFG zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse abstimmen erstens über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2000 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/4517**. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2000 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich lasse zweitens abstimmen zur Vorbereitung der dritten Lesung über die **Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2000 an den Haushalts- und Finanzausschuß**. Wer der Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

- (B) Ich rufe auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4514. Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Zellnig das Wort. Bitte schön!

Siegfried Zellnig (CDU)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allgemein gilt für Haushaltsberatungen folgendes: Die Regierung legt einen Haushalt vor, in dem sie ihre politischen Absichten für das darauffolgende Jahr erklärt. Bei der Gestaltung eines Haushaltsplans ist natürlich jede Regierung gut beraten, ein sich ab-

zeichnendes Ergebnis des laufenden Jahres zu beachten und zu berücksichtigen, um gegebenenfalls Fehlentwicklungen gegensteuern zu können. Die Opposition macht dabei durch Anträge gegebenenfalls deutlich, welche abweichenden Vorstellungen sie hat. Das gilt allgemein für Haushalte. (C)

Beim Ministerium für Bauen und Wohnen ist dies im Prinzip gänzlich anders. Es ist deshalb anders, weil von einem Gesamtvolumen in Höhe von 2,3 Milliarden DM, die das Wohnungsbauprogramm 2000 umfassen soll, lediglich rund 550 Millionen DM - davon Zuweisungen des Bundes aus dem Aufkommen der Fehlbelegerabgabe - den Haushalt überhaupt erreichen, während rund 1,7 Milliarden DM aus dem Landeswohnungsvermögen - also nicht haushaltswirksam - zur Verfügung gestellt werden.

Dennoch bleibt der Haushalt des Ministeriums für Bauen und Wohnen bedeutsam, aber es gilt die Aussage: Das Wesentlichste steht nicht im Haushalt, sondern es ergibt sich aus dem jeweiligen Wohnungsbauprogramm.

Das Wohnungsbauprogramm für das Jahr 2000 kennen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Ich meine, es ist eigentlich ein Unding, Haushaltsberatungen vorzunehmen und das, was mit dem zur Verfügung stehenden Geld gemacht werden soll, nicht gleichermaßen mitentscheiden zu können. (D)

Allerdings will ich hinzufügen und wende mich an Minister Vesper: Wir haben in diesem Jahr sogar ein gewisses Verständnis dafür. Denn den Abfluß der Mittel im Jahr 1999 muß man schlicht und ergreifend als Katastrophe bezeichnen. Das werde ich auch begründen. Will man eine ähnliche Katastrophe für das Jahr 2000 vermeiden, so muß man gänzlich umdenken und neue Wege beschreiten, damit das, was überhaupt an Mitteln zur Verfügung gestellt wird, auch akzeptiert wird.

Das ist gewiß für die Landesregierung ein schmerzhafter Prozeß, wenn man in der Vergangenheit immer im wesentlichen Dinge fortgeschrieben hat, wie sie denn immer gewesen sind, und jetzt zur Kenntnis nehmen muß, daß die Wirklichkeit eben ein weiteres Fortschreiben nicht akzeptiert.

Was meine ich damit? Ich habe den Abfluß des Wohnungsbauprogramms 1999 als Katastrophe

(Siegfried Zellnig [CDU])

- (A) bezeichnet und will das begründen. Für den Mietwohnungsbau wurden für 1999 für 10.800 Wohneinheiten 2,1 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Das Ergebnis sieht zum jetzigen Zeitpunkt - gemeint ist der 2. Dezember - nach den Mitteilungen der Wfa so aus: Von einem Gesamtprogramm von 1,3 Milliarden DM sind 261 Millionen DM abgenommen. Das entspricht einer Quote von 19,5 %. Auf die Wohneinheiten bezogen heißt das: Von 10.800 Wohnungen sind zu diesem Zeitpunkt 2.145 Wohnungen bewilligt worden - 19,9 %.

Das ist in sich schon eine schlichte Katastrophe. Wenn Sie ein Angebot auf 100 % machen, und die Bauwirtschaft, die Menschen in Nordrhein-Westfalen, die das ja handhaben sollen, nehmen das gerade zu 20 % - immer auf diesen Stichtag bezogen - ab, ist das eine klare Absage an ein Programm, von dem man sich ja wünscht, daß es zu 100 % abfließt.

Im Mietwohnungsbau - das soll mit erwähnt werden - sind Mittel für den zweiten Förderweg enthalten. Wir wissen nicht erst seit diesem Jahr, sondern schon seit dem vergangenen Jahr, daß der zweite Förderweg keine Akzeptanz mehr findet. Deshalb sieht das Ergebnis ja auch so aus.

- (B) Bei den Eigentumsmaßnahmen werden für 8.200 Wohneinheiten rund 885 Millionen DM insgesamt zur Verfügung gestellt, während - Stand: 2. Dezember - 5.760 Wohneinheiten, also rund 70 % - das entspricht auch rund 70 % der Finanzmitteln - akzeptiert sind. Das ist gegenüber dem Mietwohnungsbau ein besseres Ergebnis.

Es ist aber nach wie vor ein weniger gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, wie die Einstiegsvoraussetzungen zum Erwerb von Eigentum in Nordrhein-Westfalen aussehen und daß sich das Bürgschaftsmodell, das Sie nachrichtlich im Programm mit 1.500 Wohneinheiten vorsehen, zum erneuten Male gegen null tendiert bewegt. Das ist nur noch ein Hinweis auf das Programm in Gänze.

Sie sehen für 1999 Maßnahmen im Bestand vor. Sie sehen den Ausbau des ersten und zweiten Förderwegs vor: vorgesehene Maßnahmen: 1.700, bewilligte zum jetzigen Zeitpunkt: 161, Kombinationsförderung: 300 Wohneinheiten, Ergebnis: seit mehreren Jahren erneut null; Förderung von Maßnahmen zur Schaffung von Belegungs- und Mietpreisbindungen: 700. Das Ergebnis ist null. Bei den sonstigen Maßnahmen

schließlich sehen Sie in der Rubrik einkommensorientierte Förderung 200 Wohnungen vor. Das Ergebnis sind 22 Wohnungen. (C)

Meine Damen und Herren, das ist seit vielen Jahren das schlechteste Ergebnis im Wohnungsbau. Schlimm ist, daß sich dieses Ergebnis bereits in 1997 abgezeichnet hat, ohne daß man wirklich andere Maßnahmen ergriffen hat, um jetzt in 1999 einen vollen Abfluß herbeizuführen.

Herr Minister Vesper, dieses Ergebnis haben Sie zu vertreten. Ich füge hinzu: Wer eine so schlechte Akzeptanz seines Wohnungsbauprogramms erfährt, muß natürlich auch überlegen, wie es mit seiner eigenen Akzeptanz bei denjenigen aussieht, die diese Mittel abnehmen sollen.

Wenn ein solches Angebot - das habe ich noch nicht erlebt -, das vom Finanzvolumen her ganz in Ordnung ist, gemacht und nicht akzeptiert wird, dann heißt das im Klartext: Sie müssen gegensteuern, Sie müssen andere Wege beschreiten.

Ich will in diesem Zusammenhang auf eines aufmerksam machen. Sie setzen sich auch der großen Gefahr aus, daß etwa Ihr Nachbar, der in Sachen Wohnungsbau nicht so zu Hause ist, sagt: Wenn ein Programm so schlecht akzeptiert wird, warum brauchen wir dann die Wohnungsbauförderung überhaupt noch? Das ist eine naheliegende Frage für diejenigen, die mit der Sache nicht so sach- und fachkundig umgehen wie diejenigen, die das Programm selbst handhaben. (D)

Ich will diesen Hinweis geben. Die Eigentumsförderung ist nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz ein genauso wichtiges Anliegen wie die Förderung des Mietwohnungsbaues, der offensichtlich im Augenblick nicht die Akzeptanz findet.

Warum sage ich das mit Blick auf das Jahr 1999? Ich sage es, weil Sie Rückschlüsse für das Programm 2000 ziehen müssen; denn wenn dieses Programm schon nicht akzeptiert worden ist, müssen Sie überlegen, was Sie im Jahre 2000 machen. Wir wissen dazu noch nicht sehr viel. Wir kennen das Finanzvolumen von 2,3 Milliarden DM. Das ist eine Größenordnung, die man in der jetzigen Zeit als in Ordnung bezeichnen kann.

Wir haben gewisse Anhaltspunkte aus der Anhörung von Verbänden, welche Verteilung Sie beabsichtigen. Wenn ich darin lese, daß Sie für das

(Siegfried Zellnig [CDU])

- (A) Jahr 2000 erneut, obwohl die Ergebnisse jetzt eklatant schlecht sind, alleine 87 % für den ersten Förderweg vorsehen, kann ich nur sagen: schrecklich, furchtbar. Sie sehen doch jetzt, daß es nicht funktioniert, und das wird mit Sicherheit, wenn Sie es fortschreiben, auch im nächsten Jahr nicht funktionieren.

Sie sehen eine leichte Verbesserung der Eingangsvoraussetzungen zum Erwerb von Eigentum vor. Hierzu sage ich sofort: Das ist eine leichte Verbesserung, die keinen großen Wurf erlauben wird. Ich füge zusammenfassend für das, was wir aus dem Programm überhaupt wissen, hinzu: Wenn Sie das Programm von 1999 fortschreiben, dann haben Sie die Katastrophe für das Jahr 2000 schon vorprogrammiert; aber die Wohnungsbauwirtschaft hofft nicht umsonst darauf, daß ein anderes Wahlergebnis vielleicht eine andere Verantwortlichkeit im Hause bringen wird.

Lassen Sie mich abschließend folgendes feststellen: Jemand, der das seit vielen Jahren schlechteste Förderergebnis zu vertreten hat, der bis jetzt jedenfalls keine anderen Akzente setzt, kann natürlich nicht die Zustimmung der Opposition zu seinem Haushalt erwarten. Wir lehnen den Einzelplan 14 deshalb ab.

- (B) Ein allerletztes, Herr Minister Vesper! Sie erwarten seit der Bundestagswahl des vergangenen Jahres immer wieder, daß ich das Wohngeld anspreche. Ich will die letzte Minute dazu nutzen und einfach fragen: Wie sieht es mit dem Wohngeld aus, das Sie vor der Bundestagswahl versprochen haben? - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion hat Kollege Wolf das Wort.

Gerd-Peter Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zellnig, ich glaube, die Probleme, die Herr Minister Vesper hat, hätten Sie gerne; denn das sind die Probleme, die jemand als Koch hat, wenn er Menschen sieben Tage lang mit luxuriösem Essen eingedeckt hat, die dann sehr satt sind, und am achten Tag kommt er mit dem gleichen guten Essen, und sie sagen: Jetzt wollen wir aber nicht mehr. - In der Situation befinden wir uns derzeit.

Wir haben seit Anfang der 90er Jahre eine Wohnungsbaupolitik gemacht, die ganz hervorragend war und die von Ihnen persönlich als Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft auch immer außerordentlich akzeptiert worden ist. Sie haben jedenfalls abgenommen, was wir angeboten hatten, solange es in Ihre Programme paßte. Wir haben gebaut "auf Teufel komm raus", und zwar soviel wie alle anderen Länder "nicht auf die Pieke gekriegt" haben.

Der derzeitige Stand in Nordrhein-Westfalen: Nie war es besser als heute. Nie gab es in Nordrhein-Westfalen mehr Wohnungen. Wir haben über 8 Millionen Wohnungen bei 18 Millionen Haushalten. Die Wohnraumversorgung pro Kopf, die Wohnraumflächen waren nie so gut. Bei den Wohnungsämtern sind knapp über 100.000 Wohnungssuchende gemeldet; 1995 waren es eine halbe Million. Die Zahl der Obdachlosen ist seit Jahren auf dem niedrigsten Stand. Wer heute eine Wohnung sucht, ist ohne Probleme in der Lage, eine zu finden; denn die Zahl der Angebote übersteigt die der Wohnungssuchenden - das kann man in den Zeitungen sehen - um das Zwei- bis Dreifache.

Wir sind also nicht in einer Katastrophensituation, sondern in einer sehr opulenten Situation, aber - da haben Sie recht - darüber darf man nicht vergessen, der Wohnungsmarkt unterliegt immer Wellenbewegungen. Wir sind jetzt bei der Nachfrage im Tal, und irgendwann wird man wieder eine Debatte über Wohnungsnotstände haben, die wir beide schon mehrfach erlebt haben.

Aber die wird in Nordrhein-Westfalen nicht so massiv wie in anderen Ländern eintreten, weil die Katastrophe, von der Sie sprachen, einer Wahrnehmung entspricht, die nicht ganz stimmt. Sie haben auf die Zahlen vom 2. Dezember abgehoben. Herr Minister hat gestern eine Pressemitteilung abgesetzt - Sie haben es im Teletext lesen können -, daß der Abfluß der Mittel zur Zeit ganz hervorragend sei. Ich habe heute nachgefaßt. Am 9. Dezember sehen die Zahlen gegenüber dem 2. Dezember dramatisch anders aus. Wenn man mit dem gleichen Tag des letzten Jahres vergleicht, ist die Gesamtabnahme der Mittel wieder gestiegen und bei den Mietwohnungen leicht gesunken.

Es tritt in diesem Jahr auch wieder ein, was in der Vergangenheit immer wieder eingetreten ist: Die Post geht ab; die Wfa bestätigt das. Das Mi-

(C)

(D)

(Gerd-Peter Wolf [SPD])

- (A) nisterium hat in den letzten Tagen deutlich bewilligt. Allein aus Köln sind Bewilligungen für fast 1.000 Wohnungen, die dort gebaut werden sollen, angefordert worden. Also: Wir sind ganz sicher, daß unser Programm in diesem Jahr, wenn auch nicht übererfüllt, aber in hervorragendem Maße erfüllt sein wird.

Wir schaffen mit den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen, auch die Voraussetzungen dafür, daß Bauen in Nordrhein-Westfalen auf einem vernünftigen Niveau erfolgen kann. Die Bauwirtschaft - Sie haben es ja gelesen: Baubedarf in Nordrhein-Westfalen! - diagnostiziert bei Fakten und Lösungsansätzen einen Bedarf von 75.000 Wohnungen als mittleren Wert, die jährlich in Nordrhein-Westfalen gebaut werden müßten.

Ich sage, wir liegen wirklich gut; denn allein in 1998 sind in Nordrhein-Westfalen etwa 64.000 Wohnungen frei finanziert und 24.000 Wohnungen öffentlich gefördert worden. Wenn wir im nächsten Jahr ein Angebot von 22.000 Wohnungen machen, ist das in Kombination mit dem frei finanzierten Wohnungsbau "Pik auf Knopf" genau der Bedarf, von dem die Bauwirtschaft spricht.

- (B) Die Bauwirtschaft, so glaube ich, gehört wirklich zu den Interessiertesten. Wenn die Bauwirtschaft nicht höhere Zahlen veranschlagt, so sind ihre Zahlen schon eine ordentliche Größenordnung, von der wir gemeinsam ausgehen können. Der Schweinezyklus wird in Nordrhein-Westfalen zwar stattfinden - das beklagen wir -, aber jedenfalls nicht so extrem wie in anderen Ländern.

Schauen Sie sich einmal Baden-Württemberg an! 1995 hatte man dort im Mietwohnungsbau noch ein Programm von knapp 5.000 Wohnungen, in diesem Jahr von 200 Wohnungen. Dafür würden wir beide als Wohnungspolitikern gar nicht aufstehen und diskutieren, Herr Zellnig. Das ist sozusagen die Arbeit eines Tages im Bauministerium. Und dafür machen die sogar noch ein Programm.

Wir stehen also gemessen an allen anderen Ländern ganz hervorragend da. Ich bitte jetzt den Finanzminister, einmal wegzuhören; denn das könnte falsche Begehrlichkeiten wecken, obwohl ich an der Stelle sicher bin, daß unser Finanzminister in Sachen Wohnungsbau in der Vergangenheit wirklich ein verlässlicher Partner gewesen ist und auch in Zukunft sein wird.

Wir werden in den nächsten Jahren in einem vernünftigen Rahmen Angebote an die Wohnungswirtschaft unterbreiten und gehen davon aus, daß sie auch akzeptiert werden. Wir nehmen an, daß die Nachfrage im nächsten Jahr wieder anziehen wird. Nachfrage und Bedarf sind ja zwei ganz unterschiedliche Dinge: Die Nachfrage hat vor allen Dingen etwas damit zu tun, ob man sich etwas leisten kann. Wir haben die Entwicklung zu verzeichnen, daß die Zahl der Arbeitslosen gemessen an den Vorjahresergebnissen zurückgeht. Wir können deshalb davon ausgehen, daß das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr über dem des letzten Jahres liegen wird, so daß die Nachfrage auch mit wachsendem Einkommen anziehen wird. Deshalb, Herr Kollege Zellnig, ist es richtig, daß wir unser Maßnahmenpaket weiterhin in voller Breite anbieten.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse)

Sie haben das Bürgschaftsmodell kritisiert. Es läuft zur Zeit nicht - völlig richtig. Aber die Frage, warum es nicht läuft, können Sie doch genauso gut beantworten wie ich. Noch vor einem halben Jahr lag das Zinsniveau unter 5 %, so daß es für jemanden, der ein ordentliches Einkommen hat, keinen Sinn gemacht hätte, ins Bürgschaftsmodell einzusteigen. Das Bürgschaftsmodell ist für Schlechtwetterlagen - Zinssätze oberhalb von 7,5 % - gezimmert. Darin waren wir uns doch einig.

Aber wir haben gesagt: Wir brauchen ein solches Modell. Es muß für den Fall eingeführt sein, daß wir gegebenenfalls, wenn es notwendig sein sollte, sofort über Mittel verfügen können, die einsatzfähig sind. Unser gemeinsames Ziel heißt doch: Familien eher an den Start zu bringen, was Einfamilienhäuser und Eigenheime angeht, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Denn es macht doch keinen Sinn, so lange zu warten, bis die Familien die Kinder großgezogen haben, bis sie 16 oder 17 Jahre sind, und diese Familien zwar noch formal die Voraussetzungen erfüllen; aber wenn die Buden gebaut sind, ziehen die Kinder aus.

Besser wäre es, dahin zu kommen, der Familie dann zu helfen, wenn sie anfängt zu wachsen. Da werden wir im nächsten Jahr den Schwerpunkt setzen. Das Ziel wird sein, Familien, die erst ein Kind haben, also in der Aufbauphase sind, besser

(C)

(D)

(Gerd-Peter Wolf (SPD))

- (A) auszustatten. Wir werden dafür sorgen, daß die Einkommensgrenzen der Einkommensentwicklung angepaßt werden und die Modelle so gestrickt sind, daß die unselige Stadt-Land-Flucht wegen des Förderwegs nicht mehr notwendig sein wird, weil zwischen den Angeboten in den Großstädten und in der ländlichen Region Waffengleichheit herrscht. Darüber sind wir uns aber auch einig.

In den Städten muß es möglich sein, Eigenheime zu einem bezahlbaren Preis zu erwerben. An der Stelle unterscheiden wir uns: In meinem Wahlkreis bietet Viterro Wohnhäuser zu einem Preis von 330.000 DM an. Bei einer ordentlichen Finanzierung bezahlt man pro Quadratmeter weniger als der Sozialmieter nebenan, zumindest in den ersten acht Jahren, solange die steuerliche Förderung läuft.

Da müssen wir nichts mehr drauflegen. Denn auf einen dicken Haufen noch etwas drauf zu tun, macht keinen Sinn - lieber mehr fördern! Das tun wir auch in diesem Jahr: Bis zum 20. Dezember können Anträge abgegeben werden. Jeder in Nordrhein-Westfalen, der in die Förderrichtlinien paßt, bekommt seine Förderbewilligung und kann bauen. Da sind wir gegenüber anderen Ländern à jour. So schnell wie in NRW geht es nirgendwo, Herr Kollege Zellnig.

(B)

Was den Siedlungswohnungsbau angeht, wollen wir zusehen, daß wir auf die Zeichen der Zeit reagieren. Wir haben es mit der stark veränderten Situation zu tun, daß große Wohnungsbaufirmen ihre Bestände verkaufen. Die Bundesbahnwohnungen schweben als dräuendes Schwert noch über uns. Wir haben Probleme in der Nachverdichtung der Siedlungen; das Stichwort Genossenschaftsbildung spielt eine Rolle.

Wir wollen mit dem Ansatz, den wir in den Haushalt eingebracht haben - 1 Million DM für 2000 plus 500.000 DM Verpflichtungsermächtigungen für die Zukunft -, helfen, damit Menschen, die in diesen Siedlungen wohnen, entweder den Weg in Genossenschaften finden, also gemeinsam das erhalten, worin sie leben und groß geworden sind, oder den Weg in die Privatisierung als Eigentümer. Dafür haben wir den Betrag von 1,5 Millionen DM bereitgestellt.

Wirtschaftlich gibt es eigentlich keine Probleme. Das haben wir ausgerechnet. Aber es gibt eine Menge Probleme bei der Beratung und der Psychologie. An der Stelle kann man mit

1,5 Millionen DM und vernünftigen Leuten, die in diesen Bereichen helfen, eine Menge erreichen, um den Weg in die Genossenschaften oder in das Eigentum zu ermöglichen.

(C)

Wenn ich auf den Wohnungsmarkt und die Wohnungspolitik in NRW schaue - das tue ich nicht nur aus regierungsamtlicher Sicht -, glaube ich, daß wir uns sehen lassen können. Die Akzeptanzprobleme, die wir haben, sind Probleme, die anderswo als Luxusprobleme angesehen würden.

Von daher stimmen wir dem Haushalt zu und werden uns bemühen, gemeinsam mit Ihnen bei der Beratung des Programms und der Einzelheiten noch das eine oder andere beim Feinschliff zu tun, damit in NRW im nächsten Jahr auf Teufel komm raus gebaut wird - jedenfalls soweit das Geld zur Verfügung steht. Wir stimmen der Überweisung zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als nächster Rednerin Frau Kollegin Tarner das Wort.

(D)

Hedwig Tarner (GRÜNE): Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident! Anlässlich des fünften Haushalts in dieser Legislaturperiode ist sicherlich auch ein bißchen Zeit dafür übrig, zurückzuschauen, welche Ziele wir uns zu Beginn der Legislaturperiode gesteckt und was wir bisher erreicht haben.

Wir als Rot-Grüne sind vor viereinhalb Jahren im Wohnungsbaubereich angetreten, um erstens den sozialen Wohnungsbau weiter voranzutreiben, so daß Menschen, die es nicht alleine schaffen, mit unserer Hilfe die Möglichkeit haben, vernünftigen Wohnraum zu bekommen.

Außerdem ging es zweitens darum, in einem konkreten Bereich zu beweisen, daß Ökologie und Ökonomie gut unter einen Hut passen und man damit rot-grüne Politik direkt sichtbar machen kann.

Wenn man sich den Wohnungsmarkt 1995 ansieht - Herr Kollege Wolf hat es schon gesagt -, so fehlten in Nordrhein-Westfalen fast eine halbe Million Wohnungen; es war unheimlich eng auf

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

- (A) dem Wohnungsmarkt. Familien mußten viel zu lange in viel zu kleinen Wohnungen leben; die Wohnungen waren von sehr schlechter Qualität.

Nach viereinhalb Jahren haben wir es geschafft, obwohl wir ein Zuzugsland waren, das viele neue Mitbürger aufgenommen hat, daß heute nur knapp 100.000 Haushalte wohnungssuchend sind. Diese Entspannung auf dem Wohnungsmarkt darf aber nicht dazu führen - ich will einmal Herrn Schleußer ansprechen -, daß wir nur noch sparen und nach Geld Ausschau halten.

Es hat keine allgemeine Entlastung stattgefunden, sondern nur eine Entlastung in bestimmten räumlichen Bereichen und Marktsegmenten, und zwar in den Segmenten, die es sich leisten können, hohe Mieten zu bezahlen. Gerade in den Ballungsräumen sind Leute mit wenig Geld immer noch darauf angewiesen, daß wir vernünftige Wohnungsbaupolitik betreiben und bezahlbaren Wohnraum für diese Menschen schaffen. Deshalb sind die Vorwürfe von Herrn Zellnig, daß das Programm nicht abgerufen wird, zwar theoretisch richtig, aber praktisch gehen sie an der Wirklichkeit vorbei, weil einfach nicht mehr so viele Nachfrager da sind.

- (B) Heute finden ja Haushaltsberatungen statt. Als wir die ersten Haushaltsberatungen geführt haben, haben wir hier auf Waigels Sparpolitik im Wohnungsbau geschimpft; heute bleibt mir nichts anderes übrig, als auf Eichels Sparpaket zu schimpfen, weil immer weniger Mittel von Bundesseite kommen, die auf Landesseite schlecht ergänzt werden, um die Wohnungsbaupolitik zu finanzieren.

Ich bin über den glücklichen Umstand froh, daß wir in Nordrhein-Westfalen Wohnungsbauvermögen in die Wfa ausgegliedert haben, in einem revolvingierenden Fonds, so daß wir auch in Zeiten, in denen viele meinen, daß die Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr so dramatisch ist und gespart werden kann, über Geld verfügen und Darlehen vergeben können, um Wohnungsbaupolitik zu machen.

Kollege Zellnig hat gerade den Vorwurf erhoben, daß der wichtigste Teil der Wohnungsbauberatungen nicht hier stattfindet, sondern in der Wfa. Die Beratungen über die Wohnungsbauprogramme finden in der Wfa statt, aber die Eckpunkte werden jedes Mal im Ausschuß diskutiert.

Das Wohnungsbauprogramm darf nichts Statisches sein. Es kann nicht sein, daß ein Programm, das vor fünf Jahren an den Bedürfnissen am Markt angesetzt hat, heute noch richtig ist. Es muß vielmehr eine ständige Entwicklung stattfinden. Wenn Bereiche eines Programms schlecht abfließen wie in diesem Jahr beim Mietwohnungsbau, müssen wir schnell reagieren und herausfinden, wo die Fehler des Programms liegen, wo sich die Situation verändert hat und wie eine Anpassung vorgenommen werden kann.

Wenn man sich anschaut, wie es weitergehen soll, wie die Ziele für das nächste Jahr lauten, wird ganz deutlich, daß unsere Wohnungsbaupolitik in die Richtung gehen muß, daß die Kosten im Wohnungsbau reduziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kosten können reduziert werden, indem man viel mehr im Bestand arbeitet und Werkzeuge für den Bestand entwickelt und weiterbearbeitet. Es ist ein völlig falscher Weg, wenn man anfängt, die ländlichen Räume gegen die Ballungsräume auszuspielen und sagt: Die Förderung muß vor allem in den Ballungsräumen stattfinden.

Für uns ist wichtig - das hat die IBA in vielen Bereichen gezeigt -, daß mit Selbsthilfe auch Familien zu Eigentum kommen können, die es ohne Selbsthilfe nicht bezahlen könnten. Gruppen- und organisierte Selbsthilfe geben ihnen die Möglichkeit dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Eigentümer, ob Post, Thyssen oder Kommunen, wollen ihre Wohnungsbestände verkaufen. Für viele der bisherigen Eigentümer ist es wichtig, damit viel Geld zu verdienen, unabhängig von den Interessen der Mieter. Wir müssen bei der Privatisierung von Landesseite aufpassen, daß die Belange und Bedürfnisse der Mieter und Mieterinnen strikt berücksichtigt werden. Wir müssen auf der Seite der Mieter und Mieterinnen stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserer Hilfe und finanziellen Förderung müssen wir die Gründung von Genossenschaften im Bestand voranbringen. Deshalb haben wir den neuen Titel im Haushalt eingeführt.

Das Wohngeld, das auch Herr Zellnig immer anspricht, ist ein nächster wichtiger Punkt der Woh-

(C)

(D)

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

- (A) nungsbaupolitik. Das Wohngeld muß erhöht werden, aber nicht zu Lasten der Kommunen. Es muß zügig eine vernünftige Finanzierung dafür geschaffen werden. Der 1. Januar 2001 ist im Gespräch; zu diesem Zeitpunkt muß es spätestens stattfinden.

Wenn man an Ökonomie und Ökologie denkt, so ist im Baubereich als erstes das REN-Programm zu nennen. Es ist ein richtiger Renner im Angebot geworden. In den letzten zehn Jahren sind 40.000 Projekte verwirklicht worden. Wir haben 355 Millionen DM öffentliches Geld hineingesteckt und haben damit für 1,7 Milliarden DM Investitionen ausgelöst. Das ist Arbeitsplatzschaffung und Verstetigung auf dem Arbeitsmarkt par excellence.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Der nächste Punkt im Rahmen von Ökonomie und Ökologie ist die Bauunterhaltung - Sanierung und Energiesparmaßnahmen - im Bereich des Bestandes. Wir als Land sind Eigentümer einer Vielzahl von Bauten. Jedes Jahr ist es für uns Wohnungsbau- und Baupolitiker schwierig mit anzusehen, wie wenig Geld für die Bauunterhaltung vorhanden ist. Da müßte man sich ein bißchen an die Reklame der Bauindustrie halten, die im Radio läuft: Wenn man ein Loch im Schuh hat, sollte man möglichst schnell zum Schuster gehen. - Genau das gleiche gilt sicher auch für die Instandhaltung. Deshalb sind wir froh, daß der Ansatz erhöht worden ist, wenn auch nur wenig.

- (B) Vor ungefähr einem Jahre haben wir als Koalitionsfraktion das Contracting in den Landtag eingebracht. Wir hatten gehofft, daß es mit Contractingmaßnahmen möglich ist, relativ zügig Energiesparmaßnahmen - neue Heizung, neue Fenster, Isolierung - umzusetzen. Es hat sich gezeigt, daß bei der Realisierung ziemlich viele Stolpersteine auf dem Wege liegen. Wir sind froh, daß der neue Weg des Intracting, also innerhalb von eigenen Landesunternehmen, die Möglichkeit gibt, in diesem Bereich etwas zu tun.

Ich möchte noch ein paar Worte zu den CDU-Anträgen zum Einzelplan 14 sagen. Wenn man sich die Anträge ansieht, die unsere Kollegen im Bauausschuß gestellt haben, so ging es darum, den Bauhaushalt als Sparschwein zu betrachten. Alle Punkte, die von den Kollegen der CDU eingebracht worden sind, handelten vom Sparen, aber nicht von Umstrukturierung. GRÜNE und SPD

haben vor allen Dingen den Titel zur Genossenschaftsförderung in den Haushalt eingestellt; das finde ich sehr gut. (C)

Wir werden der Überweisung zustimmen; wir sind mit der jetzigen Vorlage sehr zufrieden.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile dem Minister für Bauen und Wohnen, Herrn Dr. Vesper, das Wort.

Dr. Michael Vesper, Minister für Bauen und Wohnen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich vor etwa viereinhalb Jahren nach einer kurzen, aber sehr intensiven Berufsfindungsphase - sie hat etwa zehn Minuten gedauert - Wohnungsbauminister wurde, ahnte ich nicht, was für eine interessante Querschnittsaufgabe dieses Thema ist: Ökonomische und ökologische Fragen, die Fragen der Versorgung von Bevölkerungsgruppen,

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Noch Geständnisse hier zuletzt!)

- ja, sicher -, die sich nicht mit Wohnraum versorgen können, all dies kann bei diesem Thema sehr gut bearbeitet werden. (D)

Herr Zellnig, wenn ich in den vergangenen fünf Jahren Ihre Einlassungen im Plenum des Landtags verfolgt habe und diese mit Ihrer sonstigen Mitarbeit, mit Ihrem sonstigen Agieren vergleiche, kann ich daraus nur schließen: Einerseits wissen Sie, daß unsere Politik gut ist, daß sie alternativlos ist, aber andererseits müssen Sie vor Ihrer Fraktion immer mal wieder so tun, als wären Sie anderer Meinung, um sich innerhalb der CDU zu profilieren. Das mag aus internen CDU-Gründen gerechtfertigt sein, aber in der Sache tragen Sie damit leider zu gar nichts bei.

Wenn Sie nun behaupten, der Mittelabfluß sei eine Katastrophe, dann ist das mehr als Unsinn. Es ist von den Zahlen her Unsinn, weil jetzt im Dezember wirklich die Post abgeht und wir in der Wfa Tag für Tag neue Bewilligungen aussprechen. Wir werden am Jahresende wieder ein Ergebnis etwa wie im Vorjahr erreichen können, und das lag immerhin bei über 80 %.

(Minister Dr. Michael Vesper)

- (A) Aber es ist auch systematisch Unsinn - und das wissen Sie auch, Herr Zellnig -; denn wir als Land können nichts anderes tun, als die Pferde zur Tränke zu führen und die Tränke mit Trinkbarem zu füllen. Saufen müssen die Pferde schon selbst.

Und daß wir, was die Wohnungsbauförderung angeht, Bedingungen liefern, wie sie in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland geboten werden, das werden Sie schwerlich bestreiten können. Wir sind doch das einzige Land, das noch den ersten Förderweg hochhält, das nach wie vor den ersten Förderweg umsetzt. Wenn Sie mit Vertretern der Wohnungswirtschaft sprechen, geben diese in kleiner Runde auch zu, daß es nirgendwo eine so gute Förderung gibt wie hier. - Ich bin sehr froh, daß der Finanzminister aus Rücksicht auf diese Erkenntnis gerade den Raum verlassen hat. - Es existiert kein anderes Land, das sich so stark im Wohnungsbau engagiert wie Nordrhein-Westfalen. Wir geben auch in diesem Jahr nach wie vor fast 3 Milliarden DM für die Wohnungsbauförderung aus. Nennen Sie mir doch ein einziges Land, das auch nur annähernd solche Bedingungen bietet!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir bei unseren Wohnungsbauprogrammen aber brauchen, ist eine stärkere Orientierung hin zur Bestandspolitik. In dem Punkt stimmen wir sicherlich alle quer durch die Fraktionen überein. Wir brauchen eine neue Kultur der Bestandspolitik.

Das beginnt schon damit, daß ein Architekt, der berühmt werden will, dafür Neubauten braucht wie etwa das Stadttor, diesen Landtag oder den Neubau der Landesvertretung in Berlin. Mit Bestandsbauten hingegen kann man heute - von wenigen Ausnahmen abgesehen; ich nenne den Reichstag und das Ständehaus - keine Lorbeeren ernten.

Bei Neubauten gibt es ein festes Ritual: Es wird ein Grundstein gelegt, ein Spatenstich vollführt, ein Richtfest gefeiert. All das gibt es bei Umbauten nicht. Dabei ist es eine viel schwierigere Arbeit, beispielsweise einen in den 60er oder 70er Jahren errichteten Wohnkomplex heute so umzuwandeln, daß man Spaß hat, darin zu wohnen, als das berühmte Designerhaus am Wasserfall zu erfinden, das in der freien Natur, in der freien Landschaft gebaut wird. Es ist eine viel größere

architektonische Herausforderung, einen solchen Bau der 60er/70er Jahre umzurüsten, zu sanieren. Trotzdem erhält man dafür in der Fachöffentlichkeit, aber auch in der breiten Öffentlichkeit längst nicht eine solche Anerkennung wie für schöne Neubauten.

Auch die Preise, die zu gewinnen sind, gibt es fast immer nur für herausragende Neubauten, nur ganz wenige für Bestandsbauten.

Da müssen wir alle gemeinsam umlernen und unsere Instrumente etwas anders ausrichten.

Wir können auf fünf Jahre erfolgreiche Wohnungsbaupolitik auch zu diesem Thema zurückblicken. Wir haben beispielsweise versprochen, über ein Energiesparprogramm 100.000 Altbauwohnungen energetisch so nachzurüsten, daß sie nur noch die Hälfte der vorher eingesetzten Energie verbrauchen. Wir werden dieses Versprechen einhalten. Dieses Programm ist ein richtiger Renner geworden. Wir liegen sehr gut in der Zeit.

Wir haben für den Neubau den Niedrigenergiehaus-Standard eingeführt und haben damit Maßstäbe für den frei finanzierten Wohnungsbau gesetzt. Maßstäbe haben wir auch gesetzt, was das ökologische Bewußtsein generell im Zusammenhang mit Bauen angeht.

Ich glaube - das kann man mit Fug und Recht behaupten: Der soziale Wohnungsbau ist heute nicht nur kein Schmuttelkind mehr, sondern er steht an der Spitze der Entwicklung, steht an der Spitze des Standes der Technik, was das Bauen betrifft. Darauf bin ich auch ein bißchen stolz.

Wir haben es in dieser Zeit geschafft, den rechnerischen Fehlbestand an Wohnungen in diesem Land auf weniger als ein Viertel zurückzuführen. Wir haben es geschafft, daß die Obdachlosenzahlen auf ein Drittel zurückgegangen sind.

Herr Zellnig, wenn Sie das alles nicht mit unserer Wohnungsbaupolitik in Zusammenhang bringen wollen, dann kann ich das zwar verstehen, aber sachlich gerechtfertigt ist das nicht. Unser Erfolg hat natürlich damit zu tun, daß wir in all diesen Jahren unsere Wohnungsbauprogramme erfüllt haben. Nur im letzten Jahr haben wir die 100 % nicht erreicht; in allen anderen Jahren haben wir sie erreicht oder sogar überschritten.

Ich will das auch für die Eigentumspolitik sagen. Vor wenigen Tagen hat das Institut für Städte-

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) bau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen deutlich gemacht, daß die Eigentumsquote langsam, aber sicher wächst. Sie wächst von allen westlichen Flächenstaaten in Nordrhein-Westfalen am schnellsten. Wir haben durch unsere Eigentumsprogramme, die jeweils erfüllt oder übererfüllt worden sind, mit dazu beigetragen, daß es hier in Nordrhein-Westfalen auch Schwellenhaushalten, auch Familien mit niedrigem Einkommen möglich ist, Eigentum zu bilden, Häuser zu bauen. Frau Turner hat auf einige Beispiele von Modellprojekten hingewiesen. Auch das ist Teil unserer erfolgreichen Wohnungspolitik.

Sie haben das Wohngeld angesprochen, Herr Zellnig. Ich habe in den letzten zwei Jahren vier Bundesbauminister erlebt. - Es ist so, aber man erinnert sich kaum daran. Zunächst war es Herr Töpfer, dann wenige Monate ein gewisser Herr Oswald, dann der neue Generalsekretär der SPD, und jetzt ist es Herr Klimmt, der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes.

Es ist doch erfreulich, Herr Zellnig, daß es jetzt endlich unter der neuen rot-grünen Koalition in Berlin gelungen ist, eine Wohngeldnovelle auf den Weg zu bringen. Sie ist im Vermittlungsausschuß. Die A-Länder haben sich bereit erklärt, dieses Paket von den übrigen Inhalten abzukoppeln, die im Vermittlungsausschuß behandelt werden. Ich kann Sie nur bitten, Herr Zellnig: Wirken Sie, wenn Sie Einfluß haben, auf die B-Länder ein, und sorgen Sie dafür, daß das übermorgen im Vermittlungsausschuß durchgeht und eine Mehrheit im Bundesrat findet.

Dann werden wir die Wohngeldnovelle endlich im Jahre 2001 bekommen, solide gegenfinanziert durch eine Senkung der Einkommensgrenzen für die Eigenheimzulage, was, wie ich glaube, sozial eindeutig zu rechtfertigen ist; wir haben hier schon mehrfach darüber diskutiert. Sie haben es also selber in der Hand, mit dafür zu sorgen, daß diese Wohngeldnovelle kommt.

Der Haushalt besteht natürlich nicht nur aus Wohnungspolitik, meine Damen und Herren; Frau Turner hat schon auf einige andere Aspekte hingewiesen. Wir haben es geschafft, das staatliche Bauen noch einmal auszuweiten. Wir kommen da unserer Vorbildfunktion nach.

Wir haben es auch geschafft, das REN-Programm all die Jahre mit über 50 Millionen DM pro Jahr stabil zu halten. Wo ist es denn in den letzten

Jahren in Deutschland sonst gelungen, für erneuerbare Energieträger so viel zu tun? Nur so ist es doch erklärlich, daß die erste Solarfabrik dieses Landes nach Nordrhein-Westfalen gekommen ist, daß das größte gebäudeintegrierte Solarkraftwerk in Nordrhein-Westfalen steht.

Das alles sind Leuchttürme einer erfolgreichen Politik. Deswegen, Herr Zellnig, sollten Sie sich einen Ruck geben und wenigstens diesem Haushalt zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung.**

Wir haben **abzustimmen** über den **Einzelplan 14**. Die **Beschlußempfehlung** liegt in der **Drucksache 12/4514** vor. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Dann ist die Beschlußempfehlung **angenommen** und der Einzelplan 14 in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/4504 und **eröffne die Beratung**. Als erster Redner hat Herr Kollege Lux das Wort. Bitte schön!

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Justizhaushalt bietet eine Reihe von Punkten, auf die es sich näher einzugehen lohnen würde. Angesichts der doch sehr begrenzten Redezeit möchte ich mich auf einige wenige Punkte konzentrieren, die zeigen, wie auch dieser Haushalt in erster Linie von Versprechungen gekennzeichnet ist, die vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahl zwar verständlich sind, die sich aber bei näherer Betrachtung als leere Versprechungen erweisen werden.

(C)

(D)